

Hier stellt sich nun die Frage nach der Entstehung von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in der DDR. Ist eine der Ursachen in dem sinkenden Glauben an die Antifaschismus-Ideologie und das damit entstehende Motivationsvakuum zu sehen? Oder war es bewußte militante Opposition zur herrschenden Staats-Ideologie, die zu überzogenen Anti-Vorstellungen führte, so wie es auch heute eine „Anti-Antifa-Bewegung“ gibt?

Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz feststellte (vgl. Heinrich Sippel, „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Lagedarstellung.“ Vortrag vom 9.2.1993), gibt es heute eine Konzentration der rechtsextremistischen Gewalt in den östlichen Bundesländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl standen 1992 die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hinsichtlich rechtsradikaler Gewalttaten mit großem Abstand an der Spitze aller bundesdeutschen Länder. In diesen beiden Ländern wurden jeweils mehr als doppelt so viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen wie in Schleswig-Holstein, dem am meisten von solchen Gewalttaten heimgesuchten westdeutschen Land. Alle neuen Bundesländer befinden sich in der ersten Hälfte der in Relation zur Einwohnerdichte erstellten Häufigkeitsskala. Selbst das von den neuen Ländern am wenigsten betroffene Thüringen steht noch vor Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Bremen.

Von den derzeit rund 6400 gewaltbereiten rechtsextremistischen Personen wohnen etwa 3800 in den neuen Bundesländern und Berlin, in den alten Bundesländern sind es (nur) 2600.

Diese auffallend ungleiche Verteilung kommt vermutlich daher, daß – nach Auffassung des Verfassungsschutzes – der klar politisch motivierte Rechtsradikalismus in der DDR länger als in den alten Bundesländern existiert. Während in den alten Bundesländern in den frühen 80er Jahren politisierte Elemente in der Subkultur der Skinheads eher vereinzelt auftraten, war das rechte Gewaltpotential zu jener Zeit in der DDR bereits nicht unerheblich. Es gab 600 bis 1000 politisierte Skins, die unter scharfer Kontrolle der Staatssicherheit standen.

Natürlich fragt man sich, ob die jüngst aufgedeckte Stasi-Aktion „Vergißmeinnicht“ von 1961, durch die jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der damaligen Bundesrepublik durch antisemitische Drohbriefe in Angst und Schrecken versetzt wurden, auch schon als Hinweis auf eine bestehende rechtsextremistische Szene in der DDR zu werten ist (Report, ARD, 8.2.1993).

Aber zurück zu der Frage nach dem politischen Zusammenhang bzw. der politischen Konfrontation von Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus in der DDR.

Annette Simon weist auf das bekannte psychologische Phänomen hin, daß die Jugend bisweilen mit heftigen Gegenreaktionen auf die Ideale der Eltern und Lehrer reagiert – vor allem wenn diese als bloße Worthülsen erkennbar sind.

Zum Verhalten eines Klassenkameraden, der Hakenkreuze an die Wände des Schulhauses geschmiert hatte, bemerkte sie: „Er war ganz bestimmt kein Neonazi, und nur die völlig überzogene Reaktion der Erwachsenen muß ihn dann darin bestätigt haben, daß er offensichtlich einen allergischen Punkt traf und so die lang ersehnte Aufmerksamkeit bekommen konnte.“ Ähnlich argumentierte Joseph Rován „Wo aber 1968 nicht stattfinden durfte, in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern, da suchen viele Jüngere im Neofaschismus die Art und Weise, mit der sie den Wortantifaschismus ihrer Eltern am besten provozieren können...“ (Welt 16.2.1993)

Aber die Justiz kam nur in ganz seltenen Fällen zu der Erkenntnis, daß die fremdenfeindlichen Gewalttäter der letzten Zeit völlig unpolitisch handelten. Vielmehr läßt sich sehr wohl eine Motivation durch eine Ideologie erkennen, die durch ein elitäres Rassedenken bestimmt ist, das alle „Andersrassigen“ – bei einer gewissen graduellen Abstufung – als minderwertig klassifiziert.

Für den Rechtsextremismus in der DDR der achtziger Jahre hat Konrad Weiß aber auch andere ideologische Momente nachgewiesen. Es wird deutlich, daß die rechtsextremen Gruppen eine ideologische Orientierung besaßen, die sie bewußt als Lebensmaxime gegen die herrschende Ideologie setzten („Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Alles ist im Untergrund obenauf, . . . Ausgewählte Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1–7, Berlin 1990, S. 18–31)

Für die Zukunft unseres Staates ist es m.E. von größter Wichtigkeit, die unheilvolle Wechselwirkung von marxistischer Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus aufzuklären und ihr politisch und wissenschaftlich entgegenzutreten. Eine Ideologie, die dem Menschen, die ihm gemäßen geistigen Lebensgestaltungsprinzipien nehmen will, wird leicht Gefahr laufen, überzogene Reaktionen darauf zu provozieren. Wer meint, den Menschen als Individualität ausschalten und zum Kollektivwesen formen zu können, wird die Gefahr heraufbeschwören, daß „Ich-Gefühl“ und „Selbstbestätigung“ übersteigert und ggf. mittels körperlicher Gewalt erfahrbar gemacht werden. Wer meint, die Einordnung der Menschen in eine Nation „aufheben“ und durch Internationalität ersetzen zu können, kann unter Umständen nationalistische Übersteigerung als schreckliche Folge bewirken.

Es ist an der Zeit, solche sozialpsychologischen Bedingungen und Konsequenzen politischer Systeme und politischer Ideen besser als bisher zu bedenken und zu erforschen. Ich möchte hoffen, daß die Arbeit der Enquete-Kommission auch in dieser Hinsicht einige Beiträge leisten kann.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Man hat den Antifaschismus als „Kernstück des inneren und äußeren Selbstverständnisses“ der DDR bezeichnet (Olaf Groehler). Mag dies auch überpointiert sein, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Antifaschismus zu den wichtigen „integrativen Faktoren“